

Politische Bildung von rechts

Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung und ihr Umfeld

*Für die politische Bildung spielen die parteinahen Stiftungen eine herausgehobene Rolle. Im Umkreis aller bundesweit relevanten Parteien existieren ihnen nahestehende Stiftungen, die den jeweiligen Politikansatz auch wissenschaftlich begleiten. Über Stipendienvergaben an Studierende und Doktorand*innen leisten sie auch Beiträge zur personellen Reproduktion des jeweiligen ideologisch-politischen Apparates. Mit der parlamentarischen Etablierung der AfD war die Gründung einer ihr nahestehenden Stiftung abzusehen. Aus verschiedenen konkurrierenden Initiativen ging letztlich 2018 die Desiderius-Erasmus-Stiftung erfolgreich hervor. Ihre bisherige Tätigkeit analysieren Georg Gläser und Gudrun Hentges.*

Ein zentralen Beitrag zur Wissensproduktion leistet die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung, die als politische Stiftung im Aufbau begriffen ist. Im September 2019 wurde die Satzung beschlossen. Vorsitzende des Vorstands der Desiderius-Erasmus-Stiftung ist die Vertriebenenpolitikerin Erika Steinbach, Ehrenvorsitzender ist Dr. Konrad Adam und als Schriftführer firmiert Dr. Erik Lehnert. Prof. Dr. Max Otte fungiert als Vorsitzender des Kuratoriums, weitere Mitglieder sind Dr. Karlheinz Weißmann (stellvertretender Vorsitzender), Prof. Dr. Lothar Höbelt, Dr. Mark Jongen, Dr. Rainer Rothfuß, Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, Prof. Dr. Harald Weyel, Prof. Dr. Michael Wüst und Prof. Dr. Alfred Maurice de Zayas. Die DES versteht sich als Bildungswerk und Politische Akademie, sie will Politikberatung anbieten, Studierende und Doktorand*innen fördern und Auslandsaktivitäten entfalten. Die von der Stiftung aufgelegten Förderprogramme wollen durch Stipendien die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung von begabten jungen Menschen fördern, die sich den sog. »alternativen Werten« der Stiftung verbunden fühlen. Sofern die AfD auch in der nächsten Legislaturperiode im Deutschen Bundestag vertreten sein wird, wird sie voraussichtlich aus Steuermitteln gefördert werden. Aus einer Analyse der bisherigen Aktivitäten des Vorstands und Kuratoriums lässt sich antizipieren, welche Schwerpunkte die DES im Bereich von Forschung und Wissenschaft legen wird und welche vermeintlich wissenschaftlichen Inhalte von Seiten der Stiftung gefördert werden.

Deutlich wird dies an den Äußerungen von Prof. Dr. Max Otte, Vorsitzender des Kuratoriums. Bezugnehmend auf die Ereignisse in Chemnitz im Sommer 2018 fragte der BWL-Professor auf *Twitter*: »Werden die medial völlig verzerrt dargestellten Vorfälle von #Chemnitz zum neuen #Reichstagsbrand, zum Auftakt der offiziellen Verfolgung politisch Andersdenkender?« Erstens behauptet er, die »Vorfälle von #Chemnitz« seien von den Medien verzerrt dargestellt worden, zweitens stellt er die These auf, diese verzerrte Darstellung könne zu einem neuen Reichstagsbrand führen, zu einer »offiziellen Verfolgung politisch Andersdenkender«. An dem sog. »Trauermarsch« am 27. August 2018 in Chemnitz nahmen AfD-Funktionäre und Pegida-Anhänger teil, NPD-Kader, Hooligans und auch Pro-Chemnitz-Unterstützer. Die Medien hatten über den öffentlichen Schulterchluss von AfD und der extremen Rechten berichtet, über die krude politische Mischung, die sich auf den Straßen von Chemnitz versammelt hatte und darüber, dass gewaltbereite Neonazis People of Colour und Migrant*innen angriffen.

Geschichtsrevisionismus

Hilfreich für ein Verständnis dieser historischen Analogie ist eine Kontextualisierung und Rückblende in das Jahr 1933: In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 brannte der Berliner Reichstag. Es handelte sich um Brandstiftung. Festgenommen

wurde Marinus van der Lubbe, der behauptete, den Reichstag allein in Brand gesteckt zu haben. Diese These der Alleintäterschaft galt bzw. gilt als unwahrscheinlich, vielmehr vermutete man, dass die Nationalsozialisten an der Tat beteiligt waren. Noch am selben Tag, dem 28. Februar 1933, wurde eine Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat (»Reichstagsbrandverordnung«) erlassen. Somit wurden die Grundrechte der Weimarer Verfassung faktisch außer Kraft gesetzt, und die gesetzliche Grundlage für die Verfolgung der politischen Gegner war geschaffen.

Die von Otte hergestellte Analogie ist nicht nur unverständlich, sondern zeugt von Geschichtsrevisionismus. Er nimmt eine Opfer-Täter-Umkehr vor, indem er sich nicht kritisch mit dem Schulterchluss zwischen AfD, Pegida und der braunen Melange auf den Straßen von Chemnitz auseinandersetzt, sondern indem er den Medien vorwirft, falsch berichtet zu haben.

Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, hatte mit einem offenen Brief an Innenminister Seehofer die Forderung »Keine Steuergelder für Geschichtsrevisionismus« erhoben.

Die Erstunterzeichnerin der Petition, Prof. Dr. Schüler-Springorum, weist darauf hin, dass es »ein klarer Ausdruck von Geschichtsrevisionismus« sei, wenn der Versuch unternommen werde, Rechtsextreme in Chemnitz mit den Opfern des NS-Regimes gleichzusetzen. »Um zu verhindern, dass diese Positionen verbreitet und mit Steuergeldern gefördert werden«, so die Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung, müssten unabhängige Experten das Programm der Desiderius-Erasmus-Stiftung prüfen.

»Wenn Herr Otte andeutet, unsere Demokratie sei schon fast mit einer Diktatur gleichzusetzen, dann äußert sich hier entweder ein dramatischer Bildungsmangel oder die rechtspopulistische Strategie, mit gezielten Provokationen und der Verdrehung historischer Fakten die Grenzen des Sagbaren weiter zu verschieben«, so Mendel.

Meron Mendel wies darauf hin, dass Max Otte als Kuratoriumsvorsitzender einer politischen Stiftung nicht tragbar sei, die in Zukunft mit öffentlichen Mitteln ausgestattet werde, um ihr Bildungsprogramm an



Schulen und Hochschulen, unter Schüler*innen, Studierenden und Nachwuchswissenschaftler*innen zu verbreiten.

Jedoch – die Desiderius-Erasmus-Stiftung distanzierte sich nicht von den Äußerungen des Vorsitzenden des Kuratoriums. Stattdessen bietet die Stiftung Seminare an, in denen AfD-Mitglieder lernen, einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen. »Es kann nicht sein, dass mit Steuergeld Seminare bezahlt werden, um Ermittlungsorgane zu täuschen und NS-Verharmlosung zu verschleiern«, so Mendel. »Wir halten an unserer Forderung fest, dass das Programm der Stiftung im Bereich historisch-politische Bildung von Expert*innen überprüft werden muss, und fordern den zuständigen Bundesinnenminister zum Handeln auf.«¹

Trotz mehrerer Nachfragen erhielt die Bildungsstätte Anne Frank keinerlei Rückmeldungen seitens des BMI. Auch die Forderung nach externen Gutachter*innen wurde nicht umgesetzt.

Alte und neue Netzwerke im Umfeld der DES

Als sich die DES nach langwierigen Flügelpkämpfen gegen weitere potentielle Vereine, die als Stiftungsanwärter angetreten waren, durchsetzte und auf dem Augsburger Parteitag am 30. Juni 2018 als parteinahe Stiftung der AfD anerkannt wurde, galt sie eher dem wirtschaftsliberalen Lager um Alice Weidel nahestehend.² Die weitere personelle Aus-

gestaltung der DES und die Netzwerke, Think-Tanks, Gruppierungen, die sich in ihrem Umfeld formieren, deuten jedoch auf einen fortschreitenden offenen Schulterchluss mit der extremen bzw. »Neuen Rechten« hin. Darüber hinaus zeichnen sich Bestrebungen und Dynamiken ab: So formieren sich neue Bündnisse zwischen der DES, dem Spektrum der extremen bzw. »Neuen Rechten« und jenen Kräften, die von der politischen und medialen Öffentlichkeit häufig (fälschlicherweise) noch zur politischen Mitte gezählt werden. Der DES kommt in diesem Kontext eine ideologische Scharnierfunktion zu. Spätestens ab der zweiten Wahlperiode der AfD im Bundestag (2021 ff.) wird sie daneben eine weitere wichtige Funktion einnehmen. Die mit Steuermitteln ausgestattete DES wird einen nicht zu unterschätzenden Beitrag leisten zur Finanzierung der neuen Koalitionen, die sich neben der diskursiven und strukturellen Ebene möglicherweise auch auf der parlamentarischen Ebene bilden werden. Im Folgenden sollen einige der besagten Netzwerke genauer beleuchtet werden.

Vertriebenenverbände

Erika Steinbach, Vorsitzende der DES, blickt auf langjährige politische Erfahrungen zurück. In den Jahren 1990 bis 2017 vertrat sie die CDU/CSU im Deutschen Bundestag, von 1998 bis 2014 war sie Präsidentin des Bundes der Vertriebenen. Ihren Austritt aus der CDU im Januar 2017 begründete sie mit der »verfehlten Flücht-

lingspolitik« der Bundesregierung. Als Parteilose unterstützte sie die AfD bei der Bundestagswahl 2017 und wurde im März 2018 zur Vorsitzenden der DES ernannt.

In dieser Funktion trägt sie maßgeblich dazu bei, dass die Vertriebenenverbände ihren Einfluss auf die DES geltend machen können. Da sie 16 Jahre das Amt der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen innehatte, verfügt sie über beste Beziehungen zu den Landsmannschaften (u. a. Landsmannschaft Ostpreußen, Sudendeutsche Landsmannschaft) und deren Jugendorganisationen (u. a. Junge Landsmannschaft Ostpreußen). Auch wenn mittlerweile die »Erlebnissgeneration« in der Vertriebenenpolitik keine große Rolle mehr spielt, ist mit der Generation der Kinder und Enkel der »Vertriebenen« eine Generation herangewachsen, die sich als »Bekennnisgeneration« bezeichnet. Aus den Erfahrungen ihrer Eltern / Großeltern leitet diese junge Generation eine revanchistische Politik ab. Dazu zählt das Hinterfragen der Legitimität der geltenden Grenzen in Osteuropa, begleitet von Gebietsansprüchen.

Der DES ist es zudem gelungen, Alfred de Zayas als Mitglied des Kuratoriums zu gewinnen. Der in Kuba geborene und in Chicago aufgewachsene US-amerikanische Völkerrechtler war der Unabhängige Experte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (2012–2018) und ist Beiratsmitglied im Zentrum gegen Verreibungen des Bundes der Vertriebenen in Berlin.

Die von Alfred de Zayas im *Harvard International Law Journal* (1975) vertretene These für ein »Menschenrecht auf Heimat« wurde dahingehend kritisiert, dass er in diesem Artikel und der darauffolgenden Dissertation die Argumentation der Vertriebenenfunktionäre weitestgehend übernommen habe. Zugleich habe er die von den Deutschen begangenen Verbrechen in Osteuropa ebenso vernachlässigt wie die Perspektive von osteuropäischen Wissenschaftler*innen.

Das »Menschenrecht auf Heimat« ist international unstritten; es wurde im internationalen Recht bis dato nicht allgemein anerkannt und findet sich in erster Linie in der »Charta der deutschen Heimatverbände und Vertriebenenverbände«.

Alfred de Zayas tritt dafür ein, dass die Volksgruppe im essentialistischen Sinne als untrennbar mit der Heimat verbunden gelte. Somit fallen die völkische und räumliche Identität in der völkischen Bodenideologie zusammen. In der Konsequenz bedeutet dies: »die Erfüllung der mit der Kategorie Heimat verbundenen Elemente, also des »Rechtes auf die angestammte, von den Vorfahren her überlieferte Heimat« (Veiter 1987: 195) sowie die Forderung nach Vorhandensein der Staatsbürgerschaft desjenigen Staates, in dem die Volksgruppe lebt und in dem ihre »Heimat« liegt.«³

Alfred de Zayas' Band *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen* wird von Historikern kritisch rezipiert, weil es »eigentlich keine wissenschaftliche histori-

sche Darstellung, sondern in seinem Kern eine Anklage gegen die Haltung der britischen und amerikanischen Regierungschefs auf der Potsdamer Konferenz ist. « Alfred de Zayas argumentiere »aus moralischem Impetus heraus sehr subjektiv, einseitig und in manchen Punkten [...] einfach historisch falsch«. ⁴

Ein weiteres prominentes Beispiel für die personellen Verbindungen zwischen der AfD und den Vertriebenenverbänden ist Wilhelm von Gottberg ⁵, der von 1971 bis 2011 Mitglied der CDU war. Von 1992 bis 2010 fungierte er als Vorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen, seit 2017 vertritt er die AfD im Deutschen Bundestag. Der Vertriebenenfunktionär und AfD-Abgeordnete trat ein für ein Rückkehrrecht in die Heimat Ostpreußen. Als Interviewpartner der *Jungen Freiheit* forderte er von Polen und Tschechien eine Entschuldigung für die »völkermordartigen Vertreibungsverbrechen« an den Deutschen. ⁶

Anlässlich der 50-Jahr-Feier der Landsmannschaft Ostpreußen sagte er in seiner Rede im Berliner Rathaus Schöneberg: »Wir warten schon lange auf eine offizielle Bitte um Vergebung durch Polen, Tschechien und Russland für die völkermordartigen Vertreibungsverbrechen.« ⁷

Zum Jahreswechsel 2000/2001 verstieg er sich unter dem Motto »...und der Zukunft zugewandt« zu der Behauptung: »Als wirksamstes Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen [...] wird immer noch der Völkermord am europäischen Judentum herangezogen.« ⁸

Den italienischen Neofaschisten Mario Consoli zitierend, schrieb er im selben Artikel: »Die Propaganda-Dampfwalze wird mit den Jahren nicht etwa schwächer, sondern stärker, und in immer mehr Staaten wird die jüdische ›Wahrheit‹ über den Holocaust unter gesetzlichen Schutz gestellt [...]. Der Holocaust muss ein Mythos bleiben, ein Dogma, das jeder freien Geschichtsforschung entzogen bleibt.« ⁹

Burschenschaften und andere Verbindungen

Die »traditionsreichsten« akademischen rechten Strukturen, an die die DES anknüpfen kann, sind Burschenschaften und studentische Verbindungen. ¹⁰ Acht Mitglieder der AfD-Fraktion im Bundestag sind selbst korporiert, davon sind drei von ihnen Mitglied in eindeutig rechtsextremen Burschenschaften. Hinzu kommen 20 Beschäftigte, die in der Deutschen Burschenschaft (8), im Coburger Convent, in Sängerschaften u. a. organisiert sind. ¹¹ Max Otte pflegt Verbindungen zur Turnerschaft T! Merowingia-Zittawia Köln. ¹² Die Gründer des Instituts für Staatspolitik, Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek, sowie *Junge Freiheit*-Herausgeber Dieter Stein sind alle korporiert in der Deutschen Gildenschaft, die somit als Keimzelle neurechter Publika-

tionsaktivitäten gelten kann. ¹³ Mannigfaltige Mitgliedschaften in Korporationen weisen zudem Aktivist*innen der Identitären Bewegung auf. ¹⁴ Burschenschaften verfügen nicht nur über Immobilien und Vortragsräume, sondern könnten als Einstiegsstrukturen gezielt junge Anwärter für die Programme und Veranstaltungen der DES akquirieren. Vertiefend mit Burschenschaften beschäftigt sich der Beitrag von Alexandra Kurth in diesem Band.

Institut für Staatspolitik

Als relevanteste Struktur der deutschsprachigen ›Neuen Rechten‹ kann das Institut für Staatspolitik betrachtet werden. Dieses ist angesiedelt auf einem Rittergut in Schnellroda, Sachsen-Anhalt, welches nicht nur als Wohnsitz des Mitbegründers und Leiters Götz Kubitschek dient, sondern auch als Sitz des Verlags Edition Antaios. Auf dem Rittergut in Schnellroda finden regelmäßig Sommer- und Winterakademien statt, die sich an Jugendliche, Auszubildende und Studierende richten. Das IfS gibt das Periodikum *Sezession* heraus, welches *Criticón* als Leitmedium der ›Neuen Rechten‹ abgelöst hat und die *Junge Freiheit* an Radikalität übertrifft. Vor allem im Online-Format versammelt *Sezession* viele diskursmächtige Personen der deutschsprachigen ›Neuen Rechten‹. Als weitere Bausteine des Aufbaus eines aktivistischen Netzwerks unter Anwendung der »metapolitischen Strategie« sind stichwortartig zu nennen: die Konservativ-Subversive Aktion (KSA), Kooperationen mit der an Schulen verteilten *Blauen Narzisse*, die aktive Förderung und Vernetzung der Identitären Bewegung, die Initiierung der Messe Zwischentag sowie der Verein Ein Prozent für unser Land, der der finanziellen Unterstützung von lokalen neurechten Initiativen und Projekten dient. Der publizistische Ansatz des IfS kann als Versuch gewertet werden, die nationalrevolutionäre, nationalbolschewistische und faschistische Literatur der Zwischenkriegszeit, die von Armin Mohler als »Konservative Revolution« re-etikettiert wurde, wieder salonfähig zu machen. ¹⁵ Ferner dient dieser Ansatz dazu, sich linke Begriffe, Diskurse und Praxen anzueignen. ¹⁶

Das IfS ist eng mit der AfD vernetzt; dies manifestiert sich unter anderem daran, dass nahezu an jeder Sommer- und Winterakademie ein*e hochrangige*r AfD-Funktionär*in für eine Keynote eingeladen wird, ¹⁷ dies zeigt sich auch an den persönlichen Freundschaftsbekundungen ¹⁸ und Jobangeboten für ehemaliges IfS-Personal in der Bundestagsfraktion im Fall von Erik Lehnert.

Mit Karlheinz Weißmann befindet sich einer der beiden Begründer des IfS, nach seinem dortigen Rückzug, als stellvertretender Vorsitzender im Kuratorium der DES. Auch Albrecht Schachtschneider veröffentlicht

regelmäßig in der *Sezession* bzw. *Sezession online*. Die jüngste Berufung Erik Lehnerts als Schriftführer in den Vorstand der DES markiert eine weitere Vernetzung zwischen Stiftung und Think Tank. Lehnert ist seit 2008 Geschäftsführer des IfS, Herausgeber zahlreicher Bände und somit ein zentraler Funktionär in Bezug auf Strukturaufbau und Wissensproduktion. Er arbeitet zudem im Bundestagsbüro von Harald Weyel, der die AfD im Bundestag vertritt und der ebenfalls Mitglied im Kuratorium der DES ist.

Rechtes Feuilleton

Im Umfeld der DES kristallisieren sich zudem neue Netzwerke eines »rechten Feuilleton« heraus. Während das Kuratorium vor allem Hochschullehrer umfasst, befinden sich im Vorstand der Stiftung ehemalige und aktive Publizisten in rechten Medien. Dies folgt der allgemeinen Parteistruktur der AfD, die im Vergleich zu den anderen im Bundestag vertretenen Parteien den größten Anteil an Journalisten aufweist. ¹⁹ Personelle Kontinuitäten markieren einige Kristallisationspunkte öffentlichkeitswirksamer rechter Vergemeinschaftung im Vorfeld und Nachgang der Stiftungsgründung. So wurde etwa die sog. »Gemeinsame Erklärung 2018« unter anderem von Otte und Weißmann, Thilo Sarrazin, Eva Hermann, Vera Lengsfeld, Uwe Tellkamp, Henryk M. Broder und Mathias Matussek erstunterzeichnet:

»Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.« (Gemeinsame Erklärung 15.03.2018)

Dieser Aufruf kann einerseits gewissermaßen als Ergebnis eines Schulterschlusses rechter Medienmacher mit Akteuren der Neuen Rechten gedeutet werden, die sich bereits seit geraumer Zeit aufeinander zubewegt haben – wie Matussek, der bereits als Redner auf einer Anti-Merkel-Demonstration auftrat und seine Facebook-Performanz radikalisierte. ²⁰ Dieser Aufruf zeigt jedoch andererseits eine Ausweitung des Personenkreises, die einen solchen Schritt gehen, deutlich wird dies an den Personen Broder und Tellkamp.

Max Otte richtete kurz darauf, am 5. Mai 2018, das »Neue Hambacher Fest« aus. Es umfasste eine sog. »Patriotenwanderung« und Vorträge von Thilo Sarrazin, Vera Lengsfeld (ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin, die laut *FR* v. 31.5.2018 einen »Schwenk nach Rechtsaußen« vollzogen hat), Markus Krall (Ex-CDU-Mitglied und Interviewpartner bei *Tichys Einblick*), Willy Wimmer (aktives CDU-Mitglied, Autor im Querfrontmagazin *Compact*, Interviewpartner des Kopp-Verlags und des Moderators Ken Jebsen), Ken Jebsen (der ehemalige rbb-Moderator wurde aufgrund von Verstö-

Ben gegen journalistische Standards und antisemitischer Äußerungen entlassen, Hauptredner bei den umstrittenen Mahnwachen für den Frieden, gilt als Verschwörungstheoretiker, steht *Compact* und dem Kopp-Verlag nahe und moderiert die Sendung *KenFM*), Joachim Starbatty (emeritierter Prof. für VWL an der Uni Tübingen, Mitglied zahlreicher Parteien: CDU, Bund freier Bürger, AfD, ALFA/LKR, jetzt parteilos, von 2013 bis 2015: Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats für die AfD), Jörg Meuthen (AfD-Parteivorsitzender) und Imad Karim (libanesisch-deutscher Regisseur, Drehbuchautor und Produzent, externer Gastredner bei AfD-Veranstaltungen, seit 3/2018 Mitglied des Kuratoriums der DES).²¹

Das Podium des »Neuen Hambacher Fests« (2019) ähnelte nach Absage Lothar Höbelts – ebenfalls Mitglied des DES-Kuratoriums – dem des Vorjahres sehr, wurde jedoch komplettiert durch den als Verschwörungstheoretiker bekannten Daniele Ganser. Medial kulminierte die Aufmerksamkeit für die als »neues rechtes Feuilleton« beschriebenen Personenkonstellationen mit dem viralen Video von Reinhold Beckmann, der auf Matusseks Geburtstag ein Bob Dylan-Cover des Songs »Things have changed« vortrug. Im Video deutlich zu sehen war neben den Partygästen Jan Fleischhauer (*Spiegel*), Dieter Stein (*Junge Freiheit*), Erika Steinbach (DES) u. a. auch Mario Müller, vorbestraft aufgrund eines Angriffs mit einem selbstgebauten Totschläger auf Antifaschist*innen und ehemaliger Anführer von Kontrakultur Halle, des wichtigsten Ablegers der sog. »Identitären Bewegung« in Deutschland.²² Beckmann distanzierte sich nach öffentlicher Kritik.²³

WerteUnion als rechte pressure-group

Die WerteUnion bezeichnet sich selbst als ein »Zusammenschluss konservativer und wirtschaftsliberaler Unionsmitglieder«²⁴. Sie verfügt als eingetragener Verein eigenen Angaben zufolge über mehr als 3.200 Mitglieder. Verortbar ist die Gruppierung, ebenso wie die Partnerorganisationen »Berliner Kreis« und der Zusammenschluss der Altstipendiat*innen der Konrad-Adenauer-Stiftung (»Konrads Erben«²⁵), am äußeren rechten Rand der Union.

Mitglieder sind neben Max Otte, der wiederum als Verbindungsglied zur Desiderius-Erasmus-Stiftung fungieren kann, der Totalitarismusforscher und Burschenschaftler Werner Patzelt, Medienanwalt Ralf Höcker sowie mit Manuel Ostermann (Vorstandsmitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft) und Hans-Georg Maaßen (ehemaliger Präsident des Bundesamts für den Verfassungsschutz) zwei zentrale Vertreter der Sicherheitsorgane.

Sympathiebekundungen kommen darüber hinaus von etablierten Parteirechten wie

Wolfgang Bosbach und weiteren Berliner-Kreis-Mitgliedern, Philipp Amthor und Rainer Wendt (Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft).²⁶ Während Annegret Kramp-Karrenbauer den Verein für überflüssig hält, betonte Jens Spahn in seinem Grußwort, die Unionspartei benötige Kreise wie die Werte-Union und eine »Besinnung auf einen klugen liberalen Konservatismus«: »Wenn wir reden und handeln in einer Haltung, die breite, sich bürgerlich fühlende Schichten zuletzt oft schmerzlich vermisst haben, dann können wir die AfD überflüssig machen.«²⁷

Die WerteUnion hatte ausdrücklich die Kandidatur von Friedrich Merz unterstützt. Dieser vereint als Mitinitiator der Leitkulturdebatte Anfang der 2000er Jahre nicht nur wirtschaftsliberale, sondern auch nationalistische Positionen.²⁸

Besonders Merz' Zitat: »Wir verlieren offenbar Teile der Bundeswehr an die AfD. Wir verlieren Teile der Bundespolizei an die AfD« ist in diesem Kontext interessant. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt dieser Aussage lässt sich feststellen, dass die Werte-Union nicht nur enge Kontakte zu den Sicherheitsapparaten pflegt, sondern auch gezielt versucht, diese als Institutionen zu adressieren. Es scheint, als sollten Beschäftigte in den Behörden dezidiert angesprochen und als Klientel gewonnen werden.

Offen bleibt die Frage nach den Zielen der WerteUnion. Die offizielle Linie, deren Rhetorik auch das Merz-Zitat bedient, postuliert, die CDU (wieder) nach rechts zu verschieben, keine Parteien rechts der CDU erstarken zu lassen bzw. die AfD durch Aufnahme ihrer Positionen, Inhalte, Performanz zurückzudrängen und gleichzeitig »Positionen, die ganz normal in der CDU waren« (Bosbach via WerteUnion.de) zu reetablieren:

»Angesichts der Etablierung einer Partei rechts von CDU/CSU ist insbesondere der konservative Flügel zu stärken und zu integrieren, statt ihn auszugrenzen. Die WerteUnion möchte ihren Teil dazu beitragen, dass CDU und CSU wieder zu erfolgreichen Volksparteien werden.«²⁹

Der Blick nach Österreich und andere europäische Länder zeigt, dass diese Strategie Misserfolg verspricht und eher zu einer weiteren Nivellierung des eigenen Profils und der Abwanderung von Wähler*innengruppen zu liberaleren Parteien oder zum »rechten Original« führen kann.

Spätestens wenn dieser Fall eintritt und es zu einem weiteren Erstarken der AfD kommt, könnte die WerteUnion der Rahmen sein, in dem schwarz-blaue bzw. türkis-blaue Koalitionen vorbereitet werden, wie sich schlagartig im Zuge der Sondierungsprozesse nach der Landtagswahl in Thüringen zeigte. Des Weiteren wären auch Abspaltungen und eine weitere Neuordnung des Parteienspektrums denkbar. Bereits heute zeigen sich diskursiv-semantische Koalitionen und vereinzelte strukturelle Symbiosen, etwa durch die Person Max Otte, dessen Ausschluss nach seinem höh-



Forum Wissenschaft 4/2019

Umstrittene Wissenschaft

Wissenschaftsleugnung und Fake Science

Hunderttausende haben voriges Jahr Woche für Woche für eine lebenswerte Zukunft demonstriert. Die Akteur*innen der »Fridays for Future« gründen ihre Forderungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse. Eine gesellschaftliche Minderheit leugnet diese jedoch. Politischen Ausdruck finden sie in rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien. Für Trump wie für die AfD ist die Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse zentraler Bestandteil des politischen Selbstverständnisses. Ähnliche Formen der Wissenschaftsleugnung lassen sich auch auf anderen Gebieten beobachten, etwa im Gesundheitsbereich (Stichwort: Impfskepsis). Kritisch wird es dann, wenn für wissenschaftlich nicht belegbare Methoden wie die Homöopathie der Anspruch der Wissenschaftlichkeit erhoben wird, um damit Anerkennung und öffentliche Finanzierung zu erhalten.

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

www.bdwi.de · service@bdwi.de
Tel.: (06421) 21395

nischen Tweet zum faschistischen Mord an Walter Lübcke kurz diskutiert, jedoch schnell wieder fallen gelassen wurde.

Diese inhaltlich-diskursive Koalition mit der AfD, DES, der extremen und der ›Neuen Rechten‹ zeigt sich deutlich in den Positionen der WerteUnion. Bildungspolitisch möchte sie studentische Selbstverwaltung bekämpfen und Gender Mainstreaming abschaffen. Mit ihrer Forderung: »ein Ende der Frühsexualisierung an Schulen und entsprechende Änderungen in den Bildungsplänen der Länder«³⁰ greift sie rechtspopulistische Mythen auf. Des Weiteren heißt es im sog. »Konservativen Manifest«: »Wir treten für eine Stärkung des Leistungsprinzips in der schulischen und universitären Ausbildung ein.«³¹

Diese inhaltlichen Positionen stehen in direktem Bezug zur parlamentarischen Wissensproduktion der AfD durch Kleine und Große Anfragen.³²

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Das Kuratorium und der Vorstand der Desiderius-Erasmus-Stiftung bestehen aus einschlägig bekannten Publizisten (*Sezession*, *Junge Freiheit*, *FAZ*, *Welt*, *eigentlich frei*), AfD-Kadern mit akademischen Titeln, Unterzeichner*innen der »Gemeinsamen Erklärung« 2018, ehemaligen/aktiven Unionsmitgliedern und rechten Wissenschaftlern sowie Personen des öffentlichen Lebens. Dabei fallen viele der Mitglieder unter mehrere dieser Kategorien.

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung ist dementsprechend gut mit der Union und einschlägigen Medien vernetzt und kann womöglich eine Katalysatorfunktion für neue rechte Bündnisse an den Hochschulen, in der außerschulischen Bildung, im Feuilleton und in der parteipolitischen Organisation einnehmen.

Die inhaltlichen Schwer- bzw. Angriffspunkte in und auf den wissenschaftlichen Diskurs lassen sich gemäß der bestehenden parlamentarischen Wissensproduktion und der personellen Besetzung in den Feldern: Islam, Migration, Gender, Klima u. a. verorten. Studentische Selbstverwaltung, außerschulische Bildungsträger, (vermeintlich) linke Lehrer*innen(bildung), emanzipatorische Akteur*innen, Postulate und deren strukturelle Verankerung in der Verfassung, in Schulgesetzen der Länder oder in Curricula werden unter geschichtsrevisionistischen Vorzeichen bekämpft.

Die Radikalisierungstendenzen in der Partei haben auch Auswirkungen auf die Stiftung und zeigen sich etwa an den vorgenommenen personellen Veränderungen im Vorstand.

Wir müssen beobachten, ob und in welcher Weise die AfD und die DES den Versuch unternehmen werden, auch transnational zu kooperieren. Dies wird sich im Laufe der kommenden Monate zeigen. Hier stellt sich auch die Frage, in welcher Weise die Frakti-

on »Identität und Demokratie« im Europaparlament den Versuch einer Vernetzung der politischen Bildung von rechts unternehmen wird.

Anmerkungen

- 1) Pressemitteilung der Bildungsstätte Anne Frank: Max Otte ist als Kuratoriumsvorsitzender nicht tragbar, 24.10.2018; https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Slider/Presse/PM_Offener_Brief_Desiderius-Erasmus-Stiftung.pdf.
- 2) Benedikt Peters: Die AfD schafft sich eine rechte Kaderschmiede (30.06.2018), in: [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de/politik/rechts-populisten-die-afd-schafft-sich-eine-rechte-kaderschmiede-1.4035412), URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/rechts-populisten-die-afd-schafft-sich-eine-rechte-kaderschmiede-1.4035412> (15.11.2019).
- 3) Vgl. Samuel Salzborn 2005: *Ethnisierung der Politik. Theorie und Geschichte des Volksgruppenrechts in Europa*, Frankfurt / New York: 132.
- 4) Hellmuth Auerbach 1995: »Literatur zum Thema«, in: Wolfgang Benz (Hg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*, Frankfurt am Main: 277–294; hier 281.
- 5) »Wilhelm von Gottberg«, in: Jens Mecklenburg (Hg.) 1996: *Handbuch Deutscher Rechtsextremismus*, Berlin: 463 f.
- 6) Paul Middelhoff 2017: »Wilhelm von Gottberg: ›Als wirksamstes Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen [...] wird immer noch der Völkermord am europäischen Judentum herangezogen‹«, in: *Die Zeit* v. 16.3.2017.
- 7) Christian Bommarius 2017: »Die AfD und der Mythos Holocaust«, in: *FR* v. 15.3.2017; Andreas Speit 2018: »Die unauffällige zweite AfD-Stiftung«, in: *taz* v. 25.10.2018.
- 8) Wilhelm von Gottberg 2001: »... und der Zukunft zugewandt«, in: *Ostpreußenblatt* v. 6.1.2001: 1.; Paul Middelhoff 2017: »Wilhelm von Gottberg: ›Als wirksamstes Instrument zur Kriminalisierung der Deutschen [...] wird immer noch der Völkermord am europäischen Judentum herangezogen‹«, in: *Die Zeit* v. 16.3.2017.
- 9) Wilhelm von Gottberg 2001: »... und der Zukunft zugewandt«, in: *Ostpreußenblatt* v. 6.1.2001: 2.; »AfD Politiker lehnte Distanzierung von Holocaustzeit ab«, in: *Die Zeit* v. 15.3.2017.
- 10) Andreas Speit 2019: »Rechtsextreme Studentenverbindungen. Kaderschmiede der AfD«, in: *Jungle World* v. 8.8.2019.
- 11) Dazu ausführlich das Rechercheprojekt der *taz*: <https://taz.de/Schwerpunkt-AfD/t5495296/>.
- 12) Dies ist aus dem Bericht des lokalen Antifaschistischen Bündnisses »Köln gegen Rechts« zum verhinderten Vortrag Ottes in Köln zu schließen: <http://gegenrechts.koeln/2018/max-otte-an-der-universitaet-zu-koeln-unerwuenscht/> (15.11.2019).
- 13) Gerhard Schäfer 1999: »Karlheinz Weißmann. Gildenschafter zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus«, in: Christoph Butterwege / Gudrun Hentges (Hg.): *Alte und Neue Rechte an den Hochschulen*, Münster: 130–146.
- 14) Jean-Philipp Baec 2018: »Unter einer Decke«, in: Andreas Speit (Hg.): *Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten*, Bonn: 107–126.
- 15) Helmut Kellershohn 2016: »Götz Kubitschek und das Institut für Staatspolitik«, in: Ders. / Wolfgang Kastrop (Hg.): *Kulturkampf von rechts – AfD, Pegida und die Neue Rechte*, Münster: 92–106; Christian Fuchs / Paul Middelhoff 2019: *Das Netzwerk der Neuen Rechten*, Hamburg: 47ff.
- 16) Georg Gläser / Gudrun Hentges 2020 (i. E.): »Metapolitik und das Konzept der (direkten) Demokratie in der Ideologie der ›Neuen Rechten‹«, in: Gudrun Hentges (Hg.): *Krise der Demokratie – Demokratie in der Krise?*, Frankfurt am Main.
- 17) Zunächst Björn Höcke, der in einer biologistisch-rassistischen Rede von »Ausbreitungstypen« sprach (16. Winterakademie 2015); jüngst: Alice Weidel (20. Sommerakademie 2019), Alexander Gauland (19. Winterakademie 2019), Jörg Meuthen (19. Sommerakademie 2018), Andreas Kalbitz (18. Winterakademie 2018), Marc Jongen (17. Winterakademie 2017).

- 18) Justus Bender / Reiner Bingener 2016: »Die rechten Fäden in der Hand«, in: *faz.net* (16.04.2016), URL: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zu-besuch-bei-goetz-kubitschek-14180792.html?printPageArticle=true#pageIndex_2 (15.11.2019); kritisch zum Format der rechten Homestory: Charles Pareese 2017: »Rechte Homestory« (09/2017), in: *der rechte rand*: <https://www.der-rechte-rand.de/archive/2544/kubitschek-homestory/>.
- 19) René Martens 2019: »Von der AfD zur AfD: Journalisten, die den rechten Rand bevölkern« (06.10.2019), in: *Übermedien*, URL: <https://uebermedien.de/41975/von-der-afd-zur-afd-journalisten-die-den-rechten-rand-bevoelkern/> (15.11.2019).
- 20) Die Rede Matusseks bei besagter Demo findet sich hier: <https://www.youtube.com/watch?v=ys9mOgvuygc> (15.11.2019).
- 21) <https://neues-hambacher-fest.de/> (15.11.2019).
- 22) Das Video der Party wurde durch das Neo-Magazin *Royale* visuell aufgearbeitet: <https://www.youtube.com/watch?v=UKWVC4a3QmM> (15.11.2019).
- 23) Hanna Voss 2019: »Wer hingeht, hat sich entschieden – Beckmann beim Geburtstag von Matussek« (11.03.2019), in: *taz.de*, URL: <https://taz.de/Beckmann-beim-Geburtstag-von-Matussek/15579268/> (15.11.2019).
- 24) <https://werteunion.net>.
- 25) <https://konradserben.de>.
- 26) <https://werteunion.net/> (20.12.2019).
- 27) <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.treffen-der-werteunion-in-schwetzingen-jens-spahn-schickt-grusswort-an-die-merkel-kritiker.0615e409-434f-45fc-b9f6-736e8d3bca5a.html>.
- 28) Gudrun Hentges 2002: »Das Plädoyer für eine deutsche Leitkultur«, in: Christoph Butterwege / Janine Cremer / Alexander Häusler / Gudrun Hentges / Thomas Pfeifer / Carolin Reißlandt / Samuel Salzborn: *Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demographischer Wandel und Nationalbewusstsein*, Opladen: 95–121.
- 29) WerteUnion 2018: *Konservatives Manifest*, Schwetzingen.
- 30) WerteUnion: Unsere Positionen. Bildungspolitik, in: <https://werteunion.net/wofuer-wir-kaempfen/positionen/> (15.11.2019).
- 31) WerteUnion 2018: *Konservatives Manifest*, Schwetzingen.
- 32) Christoph Butterwege / Gudrun Hentges / Gerd Wiegell 2018: *Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD* (unter Mitarbeit von Georg Gläser), Frankfurt am Main: 63 ff.

Georg Gläser, wissenschaftliche Hilfskraft am Lehr- und Forschungsbereich Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung, Universität zu Köln; er engagiert sich im Forum Kritische politische Bildung und ist politisch aktiv in Wissens- und Kulturproduktion.

Prof. Dr. Gudrun Hentges leitet den Lehr- und Forschungsbereich Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung, Universität zu Köln. Zuletzt erschien ihr Buch »Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD« (unter Mitarbeit von Georg Gläser), 2. Auflage Frankfurt am Main 2019 (gemeinsam mit Christoph Butterwege und Gerd Wiegell). Demnächst erscheint der von ihr herausgegebene Sammelband »Demokratie in der Krise – Krise der Demokratie?«, Frankfurt am Main 2020.